



Montag, 29. Januar 2024

Schwerpunkte der PVER-Wintersession 2024

Fotos: Parlamentsdienste / Sophie Golay

Vom 22. bis 26. Januar 2024 fand in Strassburg die erste Teilsession 2024 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PVER) statt. Es war die erste Session in der neuen Legislatur und mit neuer Zusammensetzung der Delegation.

Die Versammlung wählte einen neuen Präsidenten, einen neuen Kommissar für Menschenrechte sowie Richterinnen und Richter aus Bulgarien, Litauen und Luxemburg an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR). Sie führte zudem eine Dringlichkeitsdebatte über die Situation der Kinder in der Ukraine.

Inhaltsverzeichnis:

1. Schwerpunkte der Session

3. Wortmeldungen von ERD-Mitgliedern

2. Besonderheiten aus Sicht der ERD

4. Neue Mandate für Mitglieder der ERD



Vorbereitungssitzung 9.-10. Januar 2024 in Neuenburg

1. Schwerpunkte der Session

Zur Eröffnung der Session wählte die Versammlung mit **Theodoros Rousopoulos** (Griechenland, EPP) einen neuen Präsidenten. Er ist damit der 35. Präsident der PVER und der erste griechischer Nationalität. Die Amtszeit des Präsidenten beträgt ein Jahr mit der Möglichkeit der Wiederwahl für ein weiteres Jahr.

Nicht ratifikation der Beglaubigungsschreiben von Aserbaidschan

Zu Beginn einer Teilsession müssen der Versammlung die Beglaubigungsschreiben der nationalen Delegationen zur Genehmigung unterbreitet werden. Von der Verabschiedung der Beglaubigungsschreiben hängt ab, ob eine Delegation vollwertig an den Arbeiten der Versammlung teilnehmen kann. Die Beglaubigungsschreiben können aus formellen oder materiellen Gründen von anderen Mitgliedern der Versammlung angefochten werden. Die Versammlung hat nach intensiven Diskussionen in der vorberatenden Monitoringkommission beschlossen, das Beglaubigungsschreiben der aserbaidischen Delegation nicht zu ratifizieren. Die Versammlung äusserte ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Fähigkeit des Landes zur Durchführung freier und fairer Wahlen, der Gewaltenteilung, der Schwäche der Legislative gegenüber der Exekutive, der Unabhängigkeit der Justiz und der Achtung der Menschenrechte. Mit dem Beschluss bleibt Aserbaidschan zwar weiterhin Mitglied des Europarates, die Rechte der Delegation in der parlamentarischen Versammlung werden aber vorerst suspendiert. Die Delegation von Aserbaidschan kann ihre Tätigkeit in der Versammlung wieder aufnehmen, wenn die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind.

Jüngste Entwicklungen im Nahen Osten

In einer emotional geführten Debatte verurteilte die PVER «unmissverständlich und aufs Schärfste» den Angriff der Hamas und anderer Milizen gegen Israel am 7. Oktober 2023. Dieser sei durch nichts zu rechtfertigen. Israel habe das Recht, sich in dieser Situation zu verteidigen. Die Versammlung zeigte sich gleichzeitig aber auch bestürzt über die steigenden Zahlen ziviler Opfer im Gazastreifen. In einer Resolution basierend auf einem Bericht von **Piero Fassino** (Italien, SOC) forderte sie einen dauerhaften Waffenstillstand und die Wiederaufnahme der Bemühungen um eine politische Lösung, allerdings unter der Voraussetzung, dass die verbleibenden israelischen Geiseln unverzüglich freigelassen werden.

Redebeiträge von **Pierre-Alain Fridez** (SP, JU)
und **Damien Cottier** (FPD, NE)



Alfred Heer bei der Debatte zu den jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten / © Conseil de l'Europe

Dringlichkeitsdebatte über die Situation ukrainischer Kinder

Die Versammlung führte eine Dringlichkeitsdebatte über die Situation ukrainischer Kinder, die in die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine, in die Russische Föderation und nach Belarus zwangsüberführt oder verschleppt wurden. Die First Lady der Ukraine, **Olena Selenska**, richtete sich per Videoschaltung an die Versammlung und ersuchte die Mitgliedstaaten des Europarates um Unterstützung bei der Auffindung und Rückführung der verschleppten Kinder. Die ukrainische Regierung geht von über 19 500 deportierten oder verschleppten Kindern aus.



Redebeitrag von **Nik Gugger** (M-E, ZH)

Wahl eines neuen Menschenrechtskommissars des Europarates

Die Versammlung wählte am 24. Januar 2024 **Michael O'Flaherty** (Irland) zum neuen Kommissar für Menschenrechte des Europarates. Er wird sein Amt am 1. April antreten.

Das Menschenrechtskommissariat ist eine unabhängige und unparteiische Institution. Sie wurde 1999 vom Europarat eingerichtet, um das Bewusstsein und die Achtung der Menschenrechte in den Mitgliedsstaaten des Europarates zu fördern. Der Kommissar bzw. die Kommissarin wird von der PVER aus einer vom Ministerkomitee erstellten Liste von drei Kandidatinnen und Kandidaten gewählt und hat eine nicht verlängerbare Amtszeit von sechs Jahren.

Wahl von Richterinnen und Richtern an den EGMR

Die Versammlung wählte **Stéphane Pisani** (Luxemburg) und **Gediminas Sagatys** (Litauen) zu Richtern sowie **Diana Petrova Kovacheva** (Bulgarien) zur Richterin am Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Jeder Mitgliedstaat hat einen Richter oder eine Richterin am EGMR, diese sind allerdings keine Vertreterinnen oder Vertreter der Staaten. Die Richterinnen und Richter werden von der PVER für eine Amtszeit von neun Jahren gewählt (nicht erneuerbar). Der aktuelle Schweizer Richter am Gerichtshof ist Andreas Zünd.



Hannes Germann



Valérie Piller Carrard

2. Besonderheiten aus Sicht der ERD

Kandidatur von alt Bundesrat Alain Berset für das Amt des Generalsekretärs des Europarates

Die ERD hat mit dem ständigen Vertreter der Schweiz beim Europarat, Botschafter **Claude Wild**, eine Aussprache über die Kandidatur von alt Bundesrat Alain Berset für das Amt des Generalsekretärs des Europarates geführt. Die Delegation zeigt sich erfreut über die Nomination von **Alain Berset** und hat sich geschlossen hinter dessen Kandidatur gestellt. Die Mitglieder sind überzeugt, dass die Schweiz damit eine ausgezeichnete Kandidatur vorlegt und so die Bedeutung des Europarates unterstreicht. **Alain Berset** war für erste informelle Treffen in Strassburg und hat sich auch mit der Delegation ausgetauscht.

Vizepräsidium der PVER

Bei der Eröffnung der Januarsession wählte die Versammlung ihre 19 Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten. Der Schweiz steht in der Regel alle fünf Jahre während zwei Jahren ein Vizepräsidium zu. Im vergangenen Jahr wurde dieses Mandat von **Sibel Arslan** (Grüne, BS) ausgeübt. Für das Jahr 2024 wurde **Pierre-Alain Fridez** (SP, JU) ins Vizepräsidium gewählt.

Prävention von Kindesmissbrauch in öffentlichen Einrichtungen

Ohne Gegenstimme hat die Versammlung auf Grundlage eines Berichts von **Pierre-Alain Fridez** (SP, JU) eine Resolution verabschiedet, in welcher die Mitgliedstaaten des Europarates aufgerufen werden, sich offiziell und formell bei früheren und heutigen Opfern von Kindesmissbrauch in staatlichen, kirchlichen in privaten Einrichtungen zu entschuldigen, die Täter strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen, die Opfer zu entschädigen und Orte des Gedenkens an institutionelle Misshandlungen zu schaffen. Im Bericht wird auf das Beispiel der Schweiz verwiesen, wo sich der Bundesrat bei den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen entschuldigt und einen Solidaritätsbeitrag geleistet hat. Im Anschluss an die Debatte im Plenum fand zusammen mit Guido Fluri, dem Initiator der Stiftung «Justice Initiative», sowie Betroffenen aus Rumänien, Deutschland, Spanien und Portugal eine Pressekonferenz statt. Die Betroffenen legten Zeugnis ab über Misshandlungen, denen sie als Kinder in unterschiedlichsten Institutionen ausgesetzt waren. An der Pressekonferenz nahmen auch der ständige Vertreter der Schweiz beim Europarat, Botschafter **Claude Wild**, und der Präsident der Kommission für soziale Angelegenheiten, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung, **Simon Moutquin** (Belgien, SOC), teil.



Pierre-Alain Fridez

Migration und Asyl im Wahlkampf

Auf der Grundlage eines Berichts von **Pierre-Alain Fridez** (SP, JU) verabschiedete die Versammlung eine Resolution zum Thema Migration und Asyl im Wahlkampf und die Folgen für die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten und ihre Rechte. Darin zeigte sie sich besorgt über die zunehmende und einseitige Behandlung des Themas Migration und Asyl im Wahlkampf, die politische Programme legitimiert, die darauf abzielen, den Zugang von Migrantinnen und Migranten zu ihren Rechten zu beschränken. Die Resolution unterbreitet Vorschläge zur Förderung einer Debatte über Migration und Asyl, welche mit den Grundsätzen des Europarates im Einklang steht.



Sibel Arslan

Präsentation des Berichts durch
Pierre-Alain Fridez



Pierre-Alain Fridez de l'APCE sur son rapport sur le thème de la migration et de l'asile ([youtube.com](https://www.youtube.com))



3. Wortmeldungen von ERD-Mitgliedern

Die Rolle der OECD seit dem Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine

Alle zwei Jahre findet eine Sitzung der erweiterten Versammlung statt. Diese setzt sich aus der PVER, den Delegationen nationaler Parlamente der OECD-Mitgliedstaaten, die nicht Mitglied des Europarates sind, und einer Delegation des Europäischen Parlaments zusammen. Die erweiterte Versammlung debattierte über die Rolle der OECD bei der Abschwächung negativer Globalisierungstrends in Zusammenhang mit aktuellen Krisen wie der Covid-19-Pandemie und dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die erweiterte Versammlung forderte die OECD in einer Resolution auf, ihre Arbeiten in den Bereichen Jugendarbeitslosigkeit, Bildung, öffentliche Gesundheit, Ausbildung und angemessene Renten zu verstärken.



Wortbeitrag von **Roland Büchel**
(SVP, SG)

Vorwürfe systematischer Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung in europäischen Haftanstalten

Auf der Grundlage eines Berichts von **Constantinos Efstathiou** (Zypern, SOC) hat die PVER eine Resolution verabschiedet, die verstärkte Massnahmen zur Bekämpfung von Misshandlungen, erniedrigender Behandlung und übermässigen Bestrafungen in europäischen Haftanstalten fordert.



Wortbeitrag von **Damien Cottier**
(FDP, NE) für die ALDE-Fraktion

Wortbeitrag von **Pierre-Alain Fridez** (SP, JU)



Niklaus-Samuel Gugger, Marianne Binder-Keller

Berichterstattung über die Beobachtung der Parlamentswahlen vom 17. Dezember 2023 in Serbien

Wortbeitrag von **Pierre-Alain Fridez** (SP, JU)

Ansprachen vor der Versammlung:

Daniel Risch (Regierungschef) und **Dominique Hasler** (Aussenministerin, Vorsitzende des Ministerkomitees), Liechtenstein

Frage von **Roland Büchel** (SVP, SG) an Daniel Risch

Frage von **Roland Büchel** (SVP, SG) an Dominique Hasler

Nikos Christodoulides, Präsident von Zypern

Frage von **Damien Cottier** (FDP, NE)

Jakov Milatović, Präsident von Montenegro

Frage von **Damien Cottier** (FDP, NE)

4. Neue Mandate für Mitglieder der ERD

Damien Cottier wurde zum Präsident der Subkommission für künstliche Intelligenz und Menschenrechte gewählt.



Damien Cottier

Pierre-Alain Fridez wurde zum Vizepräsidenten der Subkommission für den Europapreis gewählt.



Pierre-Alain Fridez